

Historische Entwicklung der Political Correctness in Amerika

Von Ingo Pommerening



Prof. Dr. Ingo Pommerening ist Vorstandsmitglied der Sektion Berlin-Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Streitfall „couch potato“

Im Juni vergangenen Jahres erregte ein Verband der britischen Bauern einiges Aufsehen: Der *British Potato Council*, in dem ca. 4000 Bauern und Verarbeiter von Kartoffeln zusammengeschlossen sind, trat mit einer Bitte an die *Oxford University Press* heran, der auch durch je eine Demonstration in Oxford und in London Nachdruck verliehen werden sollte. Die Bitte oder Aufforderung bestand darin, den Ausdruck *couch potato* aus dem englischen Lexikon zu streichen. Denn durch die Existenz dieses Ausdrucks leide der Absatz von Kartoffeln ungebührlich und unverdient, da *couch potato* einen Menschen bezeichnet, der stundenlang oder gar tagelang träge vor dem Fernseher hockt. - Im *Oxford Dictionary of New Words* von 1991 (1) ist dieser Ausdruck seit 1976 – aus Kalifornien kommend - nachgewiesen und detailliert erläutert.

Die Reaktion der *Oxford University Press* war zwar nicht wie die sprichwörtliche deutsche Behördenantwort, kurz und beleidigend, aber doch knapp und entschieden: Ein Wort, das einmal in das historische Englische Wörterbuch aufgenommen sei (es entspricht dem Grimmschen Wörterbuch), werde nie wieder gestrichen; aus den anderen Wörterbüchern könne es verschwinden, wenn andere Wörter wichtiger würden.

Die Sache als solche war damit offensichtlich erledigt. - Wie aber kam der

British Potato Council dazu, zu meinen, ein Ausdruck könnte aus der Sprache gestrichen werden und damit könne die Wirklichkeit, hier die Welt der Ernährungsindustrie durchgreifend verändert werden? -- Ich glaube, man kann sich das nicht ohne den Hinweis auf den Erfolg der "political correctness" in den USA und in Großbritannien (übrigens wohl auch in Kanada) erklären.

So sagte denn auch der Herausgeber des *Oxford English Dictionary* in diesem Zusammenhang: "Wenn Leute sich über Worte beschweren, dann beschweren sie

sich in Wirklichkeit über die Gesellschaft, die sie benutzt. Wörterbücher spiegeln die Wörter wider, die die Gesellschaft benutzt."

Definitionen

Vielleicht haben Sie selbst einmal ein neueres englisches Wörterbuch zur Hand genommen und nachgeschlagen, was political correctness bedeutet. In dem eben angeführten *Oxford Dictionary of New Words* von 1991 hätten Sie es nicht gefunden, aber in einigen anderen englischen und amerikanischen Wörterbüchern, die einige Jahre später erschienen sind, sehr wohl.

Lassen Sie mich zitieren, zunächst ein deutsches Werk, das *Heidelberger Online Lexikon der Politik*: (2)

"Eine von den Hochschulen Nordamerikas ausgehende, in sich heterogene Bewegung. Als späte Spielart der Bürgerrechtsbewegung fordert sie, die Benachteiligung von Minderheiten zu beseitigen, konzentriert sich dabei aber, orientiert an einem postmodernen Weltbild, auf sprachlich-kulturelle Phänomene."

The Hutchinson Encyclopedia von 1995 (3) (in England erscheinend) schreibt:

"political correctness (PC) US shorthand term" Also "Ein US-amerikanisches Kürzel für ein Bündel von liberalen Haltungen zu Erziehung und Gesellschaft und die Terminologie, die damit zusammenhängt.

Um politisch korrekt zu sein, muß man sensibel für unbewußten Rassismus und Sexismus sein und Umweltbewußtsein zeigen. Allerdings hat die tatsächliche oder behauptete Durchsetzung von 'PC speech codes' ('people of colour' anstelle 'coloured people', 'differently abled' anstelle von 'disabled' usw.) an mehr als 130 Universitäten in den USA bis zum Jahr 1991 Hohn auf sich gezogen und ist als eine Art von Gedankenpolizei kritisiert worden."

Analyse des Ausdrucks

Versuchen wir, den Ausdruck "political correctness" zu analysieren, indem wir ihn tatsächlich auseinandernehmen: Anfänglich wurde das Adjektiv correct, näher bestimmt durch das Adverb politically gebraucht. Das harmlose und vielseitig verwendbare Adjektiv, das allerdings immer irgendwelche Normen voraussetzt, wurde durch das Adverb politically in der Weise näher bestimmt, daß ein Bezug zur Politik hergestellt wurde – so könnte man meinen. Da aber diese Politik nicht als die Linie einer Partei oder irgendeiner Gruppierung angegeben wurde, also faßbar wurde, bedeutete dies nichts anderes, als daß diejenigen, die den Ausdruck anführten, ihre eigene politische – auf die Beeinflussung der Gesellschaft gerichtete – Meinung zugrunde legten. Sobald man also den Ausdruck "politically correct" akzeptiert, also schon wenn man ihn ohne Erläuterung übernimmt, ist man in der Falle: Der Ausdruck stellt etwas dar, wofür die englische Sprache den Begriff "begging the question" bereitstellt: Das, was zu beweisen war, wird vorausgesetzt.

Derjenige, dem der Ausdruck nahegelegt wird, dann auch in den Mund gelegt wird, nimmt verständlicherweise im allgemeinen keine solche Analyse vor, sondern empfindet vermutlich zunächst ein gewisses Unbehagen, da er dumpf fühlt, daß er etwas nicht so richtig verstanden hat an dem Ausdruck – und dieses Unbehagen mag sich dann schnell mit dem schlechten Gewissen verbinden, das er hat, wenn ihm klar gemacht wird, wie sehr er eine Minderheit beleidigt hat, wenn er sie bisher mit einem ganz einfach üblichen Wort bezeichnet hat, das er jetzt zugunsten eines anderen aufgeben soll. -- Plötzlich – irgendwann in unserem Leben - sind wir dazu aufgefordert worden, "Sinti und Roma" statt "Zigeuner" zu sagen.

Dieses schlechte Gewissen wird von denen, die "politically correct" als Wertmaßstab verbreiten, bewußt induziert und dann instrumentalisiert. Auf dem Umweg über die Sprachveränderung wird also das Verhalten der Menschen gesteuert, und damit soll die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert werden.

Wir haben es mit einem "einseitig erklärten Tugendkanon" zu tun – wie Klaus J. Groth es ausgedrückt hat. Der Gebrauch des Ausdrucks bewirkt die sofortige Vereinnahmung desjenigen, der sich nicht gegen ihn zur Wehr setzt. (4)

Sprachregelung führt zum Konflikt mit der Verfassung

Wenn die Menschen sich vorschreiben lassen sollen, welche Worte sie gebrauchen dürfen und welche nicht, dann merken natürlich die aufmerksameren ziemlich schnell, daß ihre verfassungsmäßig garantierte Redefreiheit eingeschränkt wird. Das konnte in den USA nicht ausbleiben – enthält doch der Erste Verfassungszusatz (First Amendment) hierzu eine klare Aussage, die vom *Obersten Gerichtshof (Supreme Court)* in mehreren Urteilen noch präzisiert worden ist. - Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts ist der Oberste Gerichtshof übrigens nie mit einem Fall befaßt gewesen, in dem es um die Redefreiheit ging, die im hier garantiert wird. - Der Wortlaut des Ersten Verfassungszusatzes (von 1791) auf Deutsch:

"Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat, die freie Religionsausübung verbietet, die Rede- oder Pressefreiheit oder das Recht des Volkes einschränkt, sich friedlich zu versammeln und die Regierung durch Petition um Abstellung von Missständen zu ersuchen."

Der Originaltext lautet: *"Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances."*

Man sollte hervorheben, daß schon die Einschränkung (Verkürzung – abridging) der Redefreiheit unzulässig ist - und daß unter "freedom of speech" nicht nur die sprachliche Äußerung verstanden wird, sondern jegliche Meinungsäußerung, also auch Handlungen, in denen sich eine Meinung ausdrückt. - Im übrigen steht die Meinungsfreiheit auf einer Stufe mit dem Schutz vor der Einrichtung einer Staatsreligion, vor der die berühmtesten frühen Siedler bekanntlich aus England geflohen waren. - Schließlich ist festzuhalten: Was die Verfassung nur dem Congress

verbietet, ist durch die spätere Rechtsprechung auch auf die unteren Ebenen der Judikative und Exekutive ausgedehnt worden.

Am schärfsten kann man die Erstreckung des Begriffs der Meinungsfreiheit, wie er durch die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes herausgearbeitet worden ist, kennzeichnen, wenn man ein extrem weit gehendes Urteil anführt:

Für uns wohl kaum verständlich, erklärte der *Supreme Court* es (mit 5 zu 4 Stimmen) 1989 sogar für erlaubt, unter dem Schutz des Ersten Verfassungszusatzes die Fahne der Vereinigten Staaten zu verbrennen.

Vielleicht wird das verständlicher, wenn wir die prinzipielle Begründung lesen:

“Wenn es ein Grundprinzip des ersten Verfassungszusatzes gibt, ist dies das Prinzip, das der Regierung verbietet, den Ausdruck einer Idee nur aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft diese Idee für beleidigend und widerwärtig hält, zu untersagen.”

Die Ansichten der Mehrheit, ja sogar der “Gesellschaft” können also nicht den Einzelnen in seinem Recht auf seine Meinung und ihre Äußerung beschränken! (Texas v. Johnson 1989).

Bewegungen unter der gemeinsamen Fahne “Political Correctness”

In den USA gibt es in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg mehrere Bewegungen **zugunsten von Minderheiten** – die wohl in einer gewissen zeitlichen Staffelung auftreten, und die sich unter dem Stichwort Antidiskriminierung subsumieren lassen.

Dies sind die Bewegungen gegen Rassendiskriminierung,

- gegen Benachteiligung der Frauen (Feminismus),
- gegen Diskriminierung von Homosexuellen und Lesben,
- gegen die Diskriminierung von Behinderten.

Diese Bewegungen, auf die ich hier nicht näher eingehen werde, da sie allgemein genügend bekannt sind - tendieren alle zur Beanspruchung von Quotenregelungen, das gängige Schlagwort ist “affirmative action”. -

All diese Bewegungen finden ein gemeinsames Dach, besser eine gemeinsame Fahne unter dem unscharfen – nicht definierten und nicht hinterfragten – Ausdruck „Political Correctness“.

Hierin verbinden sich ein schlechtes Gewissen (und seine Nutzbarmachung), das vermutlich insbesondere in der Tradition des Puritanismus wiederbelebt wird, und eine philosophische Rechtfertigung, die von der Frankfurter Schule, besonders aber von Herbert Marcuse geliefert wird.

Herbert Marcuse als geistiger Vater

Die Anhänger der political correctness brauchen sich in ihrem Auftreten gegenüber ihren Gegnern nicht zimperlich zu verhalten, hat Marcuse doch bereits 1965 in seinem Essay "Repressive Toleranz" die asymmetrische Nutzung des Toleranzgedankens deutlich genug gerechtfertigt. "Darin bezeichnet er die zu Beginn der Neuzeit entwickelte *Idee der Toleranz als parteiliches Ziel, als subversiven, befreienden Begriff und ebensolche Praxis*. Gegenwärtig gäbe es keine *Macht, Autorität oder Regierung*, die eine *befreiende Toleranz* umsetzen würde." (5)

Marcuse fordert sogar ausdrücklich Intoleranz gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort - und Intoleranz insbesondere gegenüber den Konservativen und politisch Rechten. Unparteiische Toleranz schützt nach seiner Meinung in Wirklichkeit die bereits etablierte Maschinerie der Diskriminierung.

Diese asymmetrische Toleranz in Marcuses Sinn erfährt ihre schärfste Ausprägung an den Universitäten und wird in eine Reihe praktischer Maßnahmen umgesetzt.

Mit seiner nachdrücklichen Rechtfertigung der repressiven Toleranz, sprich Intoleranz, gegenüber dem politischen Gegner, wird Marcuse zum geistigen Vater der Studentenrevolte in den USA und in Deutschland – und wie man jetzt sehen muß auch zum geistigen Vater der political correctness.

Von Kors und Silverplate wird das in dem Kapitel "Marcuse's Revenge" in *The Shadow University* mit großer Deutlichkeit herausgearbeitet. (6)

Arten des verordneten Sprachwandels

Euphemismen sind bei vielen Menschen leicht durchzusetzen, wenn man ihnen dadurch ein ungutes Gefühl nimmt; im anglo-amerikanischen Sprachbereich gibt eine auffällige Tendenz zu Euphemismen, siehe z. B. "cloakroom" für Toilette. Wenn man es selbst als nicht ganz passend empfindet, einen Schwarzen mit "nigger" zu bezeichnen, ist man gern dazu bereit, ein anderes Wort zu verwenden; ob man das Wort dann mag, das einem vorgeschrieben wird, ist eine andere Frage; und kritisch wird es dann, wenn man von Zeit zu Zeit sich schon wieder an ein neues Wort gewöhnen soll.

Es gibt aber auch viele Menschen, die in ihrem Sprachgebrauch aus den verschiedensten Gründen konservativ, also wirklich beharrend sind; und diese können sich dann auch als verstockt herausstellen. Bei jungen Menschen ist das sicher im allgemeinen nicht zu erwarten.

Zur Illustration der übertriebenen Suche nach Euphemismen ein groteskes Beispiel aus Deutschland: "Im schleswig-holsteinischen Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr war man sich nicht zu schade, im Frühjahr 1996 die Gemeinde Lutterbek bei Kiel darauf hinzuweisen, den Begriff »Fremdenverkehr« von nun an durch »Tourismus« zu ersetzen, da das Wort »fremd« negativ besetzt sei. Man denke an Fremdenfeindlichkeit." (7)

Neuschöpfungen: Wahrscheinlich sind sie heutzutage leicht zu etablieren, wenn sie genügend präsentiert werden: Der Mensch in der modernen Warenwelt, die eine Welt der Werbung ist, hat sich an Wortneuschöpfungen gewöhnt.

Bedeutungsveränderung (Bedeutungsaufwertung oder -abwertung, Bedeutungsverschiebung): Für die Durchsetzung ist im allgemeinen wahrscheinlich ein längerer Atem nötig, es sei denn sie sind so unauffällig, daß die meisten Menschen sie gar nicht richtig wahrnehmen und daher keinen Widerstand aufbauen, sondern sie gedankenlos und bedenkenlos übernehmen.

Ersatz von unerwünschten Wörtern: Die einzelnen Ethnien (Rassen) sollen selbst bestimmen können, wie sie genannt werden wollen. So heißen im Amerikanischen die Eskimos nicht mehr so, sondern "Inuit". Daß Staaten und sogar Städte andere Namen haben wollen, daran haben wir uns z. T. gewöhnt: Sri Lanka für Ceylon, Mumbai für Bombay usw., aber im Deutschen haben wir die Veränderung von Peking zu Beijing nicht mitgemacht – im Gegensatz zu Engländern und Amerikanern. -

Die Feministinnen bestehen auf Ersatz von "man" durch Ausdrücke, die geschlechtsneutral sind: So muß man statt mankind humankind sagen.

Andere verlangen, history durch herstory zu ersetzen, weil die Geschichte ja nicht "his story" sei. Solche grotesken Forderungen diskreditieren denn auch die Sprachveränderung; aber vieles hat sich durchgesetzt, z. B. auch die Abschaffung von Miss und Mrs und ihre Ersetzung durch Ms. - Im Zuge dieser Entwicklung wird dann in Deutschland auch aus der Studentenvertretung die *Studierendenvertretung*, und man traut sich kaum noch, von Studenten zu reden, wenn man das als Oberbegriff für männliche und weibliche Studenten meint.

-- Der Gebrauch der *politisch korrekten* Wörter setzt übrigens die Duftmarken, mit denen sich Kollegen untereinander erkennen: Wenn mich ein Kollege in einem Rundschreiben unter der Anrede "KollegInnen" subsumiert, dann bilde ich mir ein, ungefähr zu wissen, wo er hochschulpolitisch steht (was heute allerdings nicht mehr so wichtig ist wie früher). In der täglichen Auseinandersetzung in politisierten Einrichtungen sind nach meiner Beobachtung diese Duftmarken von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Praktische Maßnahmen an Universitäten – und anderswo

Im Zuge der Durchsetzung von PC an den Universitäten kommt es zu einer Reihe von praktischen Maßnahmen, die hier kurz zu schildern sind. - Ähnliches läuft in vielen Unternehmen ab – und viel mehr wohl noch an den Schulen - beides soll hier nicht behandelt werden.

a) Was auf den Studenten einströmt, sobald er zum Beginn des ersten Semester erscheint, sind die Orientierungskurse für Erstsemester. In irgendeiner Form hat es so etwas schon lange gegeben, aber unter dem Einfluß von PC wandeln sich diese Kurse erheblich: Die verschärften Rede- und Verhaltensregeln, auf die ich gleich noch eingehe, werden ihm ans Herz gelegt, seine Rechte als Beschwerdeführer in Sachen PC werden ihm dargelegt, und er kommt intensiv mit der neuen Sprache in Kontakt: *Ethnic diversity, cultural diversity, women studies, Afro-American studies, Eurocentrism, racists, "dead old men" (DOM)* schwirren ihm um die Ohren. Manches davon mag zunächst einsichtig oder gar lobenswert und moralisch richtig erscheinen, wie etwa "commitment to diversity" also Verpflichtung zur Vielfalt und Ähnliches.

b) In sehr vielen Fällen wird in den geisteswissenschaftlichen Fächern der Lektürekanon neu gefaßt, oft unter dem Deckmantel der Erweiterung. Women studies, African-American studies u. Ä. müssen einbezogen werden, viele Werke der "white dead old men" werden als überflüssig ausgeschieden.

c) Ähnlich geht es den Geisteswissenschaften an vielen Universitäten in Bezug auf den Lehrplan: Er wird neu gestaltet, wieder oft unter dem Vorwand, eine Erweiterung vorzunehmen.

Speech codes: Regeln für Sprachgebrauch und Verhalten

Hier greife ich das schon angesprochen Thema Sprachgebrauch noch einmal auf und komme zu den schriftlich gefaßten Regeln der Universitäten.

Unter "speech codes" faßt man die Regeln einer Universität zusammen, die das sprachliche und sonstige Verhalten der Universitätsangehörigen bestimmen sollen.

Der Sprachgebrauch ist das Gebiet, auf dem die Auswüchse von PC für jedermann besonders gut sichtbar werden und teilweise haarsträubend zutage treten, so daß hier – etwa um 1990 - neben sachlicher Kritik jegliche Art von Lächerlichmachung gang und gäbe wird – von der Seite der Gegner.

Sprachregelung als solche ist wohl auch das Phänomen, das am frühesten und schärfsten in das allgemeine Bewußtsein gelangt ist, da in der Tat neue Bezeichnungen eingeführt wurden, außerdem, wie wir es auch kennen, die Bedeutung der Frauen in der Sprache hervorgehoben wurde.

Die haarsträubendsten Beispiele werden am häufigsten zitiert, wobei nicht ganz sicher ist, ob sie immer ernst gemeint waren, denn sie stammen z. T. aus *The Official Politically Correct Dictionary and Handbook*, das 1992 Henry Beard und Christopher Cerf herausgegeben haben, und von dem gelegentlich vermutet wird, es sei zum Teil satirisch gemeint. Aber selbst wenn das wahr sein sollte, bleibt genug übrig.

Lassen Sie mich zuerst einige Beispiele aus dem Deutschen geben:

Der Lehrling ist der Azubi geworden, eine Abkürzung, die anfänglich wirkte, als werde sie sich nicht durchsetzen, die man sich aber inzwischen nicht mehr wegdenken kann. Daß wir von Behinderten, und nicht mehr von Krüppeln sprechen, will mir völlig normal erscheinen, da ich als Schüler noch die Sonderplätze in der Bahn kennen gelernt habe, die "Schwerbehinderten" vorbehalten waren. Mittlerweile scheint es auch selbstverständlich zu sein, daß die Bezeichnung Fräulein ausgestorben ist, weil das Wort verpönt war und die jungen Mädchen es irgendwann als normal empfanden, mit Frau angeredet zu werden und sich gegen "Fräulein" vehement gewehrt hätten. Im amerikanischen Englisch war mit Sicherheit der erste Ansatzpunkt die Bezeichnung für Schwarze. Sie wollten und sollten nun nicht mehr als negroes bezeichnet werden, das Wort nigger war mit Recht verpönt, da es als Schimpfwort gebraucht worden war.

Da die Sprache es aber so an sich hat, durch pejorative Belastung einiger Wörter nach immer weiteren Neuprägungen zu rufen – denken Sie an das mittelhochdeutsche wip, das neuhochdeutsch als Weib in pejorativer Bedeutung überlebt, aber an sich durch Frau (eigentlich Herrin) ersetzt worden ist.

Die Bezeichnungen für ethnische (rassische) Minderheiten sind einem Wandel unterworfen, den die Sprachgemeinschaft größtenteils mitmacht (man denke auch an Sinti und Roma für Zigeuner):

Aus dem chairman wird chairperson oder chair, der fireman wird zum firefighter, so daß nicht zu erkennen ist, um welches Geschlecht es sich handelt.

Die feministische Argumentation in dieser Angelegenheit habe ich nie ganz verstanden, da doch die Männer gut damit leben können, als Personen (weiblich) bezeichnet zu werden.

Im Zusammenleben der Menschen an den Universitäten und in den Unternehmen soll immer Rücksicht genommen werden auf die Empfindlichkeiten - oder eingebildeten - Empfindlichkeiten der Minoritäten. Insbesondere in Anwesenheit von Schwarzen darf daher keine Bezeichnung für Schwarze gebraucht werden, die verpönt ist; die zugelassenen Bezeichnungen wechseln: Eine besonders umständliche scheint mir die höflichste zu sein: "people of colour". Verpönt sind natürlich nigger, dann aber auch negro.

Unglaublich wird es dann, wenn verlangt wird, nicht mehr einen "black coffee" zu bestellen, sondern einen "coffee without milk". Vollends unglaublich sollte dann sein, daß wegen der Empfindlichkeiten der Angehörigen nichtchristlicher Religionen die "Christmas Cards" verschwinden sollen. Es gibt aber in den USA und in England klare Tendenzen in dieser Richtung, die uns möglicherweise gar nicht aufgefallen sind, wenn wir "Season's Greetings" erhielten. - Ich kann mir gut vorstellen, daß von diesem Phänomen her irgendwann ein Umdenken einsetzen wird.

Außerordentlich wichtig ist die Definition dessen, was nicht erlaubt ist, in ihrer allgemeinen Formulierung: Sprachliche Äußerungen und allgemein Verhalten sind nicht zu tolerieren, wenn die Betroffenen (Schwarze, Frauen, Behinderte, Homosexuelle) sich dadurch getroffen fühlen, sich beleidigt fühlen (das gängige Wort ist "offence", und hat eine ziemlich weite Bedeutung). Um es ganz klar zu machen: Nicht die Absicht oder das objektiv Festzustellende sind entscheidend, sondern nur das Empfinden des Betroffenen. - Dies steht, wie man bemerkt, auch in krassem

Gegensatz zu der erwähnten Garantie der Meinungsfreiheit, auch wenn die Gesellschaft sich getroffen oder beleidigt fühlt.

In diesem Zusammenhang ist in den *speech codes* gewöhnlich davon die Rede, daß den Minderheiten ein Klima ("climate") und eine Umgebung ("environment") garantiert werden müsse, in dem sie keine emotionale Beeinträchtigung erleiden. -- Wenn solche Bestimmungen **mobbing** verhindern können, dann kann man sie begrüßen, sie sind aber anders gemeint.

Verwaltungsmaßnahmen der Universitäten

Den Orientierungskursen am Anfang des Studiums entsprechen die Schulungskurse, die für Studenten, teilweise auch für Angestellte und Lehrkräfte, während des Semesters abgehalten werden.

Zusätzlich zur Verankerung in den Lehrplänen gibt es etwas anderes: Zu ihrem Besuch können Studenten oder sogar Lehrkräfte verurteilt werden. Kritiker sprechen von "mandatory political enlightenment". (8) Übliche Bezeichnungen sind "sensitivity training" und sogar "sensitivity therapy".

Der Besuch dieser Kurse wird insbesondere dann gefordert, wenn die Personen ein im Sinne von PC "unsensibles Verhalten" an den Tag gelegt haben, und deswegen angezeigt worden sind. Es wird manchmal vermutlich einfach als lästig empfunden, oft aber auch als Indoktrination und nicht selten als Strafe durch Indoktrination.

Anlaufstellen für Beschwerdeführer werden benannt oder geschaffen: Das können also bisher schon vorhandene Stellen sein, die mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden, es können aber auch ganz neue Stellen sein. So eine Stelle kann dann etwa "Office of Orientation" heißen. - 1988 sehen wir sogar, daß es eine "*National Conference of the National Orientation Directors Association*" gibt.

In den Broschüren, die die Studenten zu Beginn des Studiums erhalten und die die Verhaltensregeln umfassen, werden sie ausdrücklich auf diese Einrichtungen hingewiesen mit der Aufforderung, mit allfälligen Beschwerden sich an sie zu wenden.

Das System in seiner Gesamtheit hat offensichtlich dazu geführt, daß einmal die Hemmschwelle für Beschwerden, aus denen leicht Anzeigen werden können) herabgesetzt wurde und zum andern die Empfindlichkeiten geschärft oder gar neu geschaffen wurden.

Beauftragte (officers, facilitators):

Da gibt es z. B. ein "Office of Equal Opportunity and Affirmative Action" und für den Einsatz in Lehrveranstaltungen "a classroom climate adviser" (9)

oder auch einen "affirmative action officer" (10). Das Amt, das mit "facilitator" bezeichnet wird – eigentlich "einer, der etwas leichter macht, also hilft" - zielt auf einen Beauftragten, der die Einhaltung der Vorschriften (speech codes) in Lehrveranstaltungen und überhaupt auf dem Campus, überwacht und der z. B. auch Schulungskurse leitet. -- Auch dies also ein Euphemismus. -- Das Wort hat offensichtlich seit 1990 eine steile Karriere gemacht; es ist inzwischen laut Internetlexikon der MTU in fünf Bedeutungen belegt: Vermittler, Moderator, Schlepper, Schulungsleiter und Unterstützer. (Hut ab vor den Leuten aus München!) (11)

Die Schaffung neuer Stellen hat dieselbe Folge wie die Quotenregelung,

was die Bewegung der PC natürlich für den aufstrebenden Nachwuchs sehr attraktiv macht: Es gibt mehr Berufschancen.

Quotenregelungen:

Was bei uns zu dem Begriff Quotenregelungen geführt hat, läuft in den USA unter dem unverfänglich scheinenden Ausdruck "affirmative action", also wörtlich: bekräftigende, stärkende Aktion. Nebenbei bemerkt: Die etymologisch ursprüngliche Bedeutung von Dschihad soll sein "große Anstrengung". Sprachlich hätten wir es also mit einer ähnlichen Erscheinung zu tun.

Die "affirmative action" soll genau das bewirken, was "Quotenregelung" aussagt. Sie soll Minderheiten begünstigen:

insbesondere Frauen und Schwarze, natürlich auch Einwanderer mit lateinamerikanischem Hintergrund - zunächst Hispanics, dann lieber Latinos genannt.

Was schließlich auch auffällt, wenn man sich länger mit diesen Erscheinungen beschäftigt, ist, daß das Ganze offensichtlich gut organisiert ist. (12)

Siehe oben: "*National Conference of the National Orientation Directors Association*".

Einschüchterung von Studenten

Es kommt zur Einschüchterung von Studenten: Studenten, die wegen eines Verstoßes gegen den „speech code“ angezeigt werden, müssen sich schuldig bekennen oder verteidigen – wahrscheinlich schließen sie in den meisten Fällen mit der Universitätsleitung Vergleiche ab, die sie zum Schweigen verpflichten und den Rechtsweg unmöglich machen; das sind sog. "*confidential plea bargains*", wie sie im englischen Recht möglich sind. - Festzuhalten ist dabei: Die Schwere eines Verstoßes gegen einen "speech code" wird nicht nach der Absicht bemessen, sondern nach der Wirkung, die von dem Betroffenen, also dem Beleidigten, bestimmt wird: "Accusations are based on 'impact,' not intention, therefore, the accused is guilty if the accuser believes him to be guilty". (12)

Um die Wirkung auf die Seele der von "political correctness" Betroffenen geht es auch in zwei empirischen Untersuchungen:

In der Zeitschrift *Political Psychology* erschien im Jahr 2000 ein Bericht über zwei sozialpsychologische Studien zu Political Correctness und affirmative action. (13) Darin werden aus den Befragungen von Studenten jüngerer Semester Schlüsse gezogen, die sehr zu denken geben müssen. Viele Studenten neigen dazu, sich in dieser Frage angepaßt zu verhalten und ihre eigene Meinung für sich zu behalten, da sie fürchten, von ihren Altersgenossen ("peer group") als "racist", "sexist" oder "culturally insensitive" abqualifiziert zu werden. Sie unterstützen daher im Universitätsleben "political correctness" stärker, als es ihrer inneren Einstellung entspricht. Dabei überschätzen sie die Zustimmung ihrer Altersgenossen zu "political correctness" und "affirmative action" sehr deutlich.

Die nach außen getragene Zustimmung zu PC ist also größer als durch die innere Haltung gerechtfertigt, und sie beruht außerdem auf einer Täuschung über die wahre Einstellung der anderen. So ist also einmal das Ergebnis – im Agieren in ihrer Umgebung – verfälscht, und die Studenten leben in einem gewissen Zwiespalt und üben sich in Heuchelei.

Einschüchterung von Lehrkräften

Die Einschüchterung der Hochschullehrer vollzieht sich stufenweise: Sie werden durch "speech codes" oder Ähnliches zur Anpassung aufgefordert; wenn sie nicht belehrbar sind, werden sie von Studenten drangsaliert; wenn ein Teil der Studenten zu ihnen hält, werden Parallelveranstaltungen eingerichtet, die ihnen die Studenten abwerben sollen.

Die Parallelveranstaltungen heißen "shadow classes". (Daher der Titel des Buches von Kors und Silverplate: *The Shadow University*.)

Anders verhält es sich, wenn die Hochschullehrer keine Lebenszeitstelle haben: Dann scheut man nicht davor zurück, sie im schlimmsten Fall bis zum Verlust ihrer Stelle zu treiben.

Wenn Hochschullehrer den Rechtsweg beschreiten, siegen sie häufig, wenn auch erst nach Jahren und unter dem Einsatz ihrer materiellen Existenz. Jedenfalls erweist sich das Justizwesen im großen und ganzen der Herausforderung gewachsen und wendet häufig die Existenzvernichtung ab.

Zwei herausragende Beispiele für Verstöße gegen die neuen politisch korrekten Ordnungen:

"Zuwiderhandlungen können ernste Folgen haben."

1999 kam es in Washington, D. C., zu einem folgenschweren Mißverständnis: Ein weißer Verwaltungsangestellter, David Howard, gebrauchte ein Wort, das seine

beiden Gesprächspartner, einer von ihnen eine Schwarzer, nicht kannten. Es war das seltene Wort „niggardly“ *sparsam, knauserig*, das aus dem Skandinavischen ins Englische gelangt ist (weitere Etymologie ungeklärt). Gesagt hatte Howard, er müsse in einer bestimmten Sache angesichts der schlechten Haushaltslage der Stadt Washington für „a *niggardly* approach“ eintreten, also haushälterischen Geiz empfehlen. (14)

Der kurz zuvor erst gewählte schwarze Bürgermeister sah sich mit einer schlimmen Beschwerde konfrontiert und legte dem „Übeltäter“ den Rücktritt nahe. Tatsächlich folgte dieser der Aufforderung. Über diesen Vorfall ist vermutlich landesweit berichtet worden.

In einem anderen Fall gebrauchte ein Professor in einer Lehrveranstaltung – reichlich großzügig – Bildersprache aus dem Bereich der Sexualität, wurde bei der Universitätsleitung angezeigt (Beschwerden wurden eingereicht), und es ging sehr schnell um den Verlust seiner Lebensstellung, seiner Pensionsansprüche, kurz um seine materielle Existenz. Er wählte den Weg zu den Gerichten, brauchte 2 1/2 Jahre, bekam dann aber in vollem Umfang recht – eben wegen der Auswirkung des Ersten Verfassungszusatzes, so daß er seine Stelle behielt, und die Universität auch die Gerichtskosten in Höhe von 170 000 Dollar zahlen mußte. (15)

Der jetzt als konservativ geltende Samuel Alito, der kürzlich von Präsident Bush für die Besetzung des letzten freien Stuhls im Supreme Court durchgebracht wurde, fällte übrigens 1996 ein Urteil, das auf der Grundlage des First Amendments Alkoholwerbung in einer Studentenzeitschrift erlaubte. - War das nun ein liberales oder ein konservatives Urteil? - Alito verdankt als Sohn italienischer Einwanderer seine Karriere jedenfalls zum Teil der Ausbildungsförderung durch Programme zur Förderung von Minderheiten.

Diese zwei Beispiele zeigen schon, daß „political correctness“ durchaus auf Widerstand stieß. Die Gegenbewegung wurde dann machtvoll, als man um 1990 begann, sich über die skurrilen euphemistischen Wortschöpfungen lustig zu machen. Wenn also aus dem wirklich längst unerträglich gewordenen „cripple“ über den „disabled“ ein „differently abled“ wurde oder aus dem „Old Man River“ gar der „Elderly Man River“, oder aus den „civilian deaths“ der „collateral damage“, dann konnte man nur noch lachen oder sich fragen, ob die Leute sich selbst noch ernst nahmen.

Der Spieß wird umgedreht

So wurde denn in kurzer Zeit der Ausdruck „political correctness“ von der konservativen Seite aufgegriffen und als pejorative Wendung für die Gegner benutzt. Erst in diesem Stadium gelangte das Wort Anfang der neunziger Jahre nach Deutschland. (16)

Die Bewegung wird aber in den USA mittlerweile als bedrohlich angesehen und sehr ernst genommen, weshalb denn auch Publikationen in der Presse und in Buchform zugenommen haben, die sich intensiv mit ihr auseinandersetzen. Gelegentlich wird PC sogar als totalitäre Ideologie eingestuft: „Political Correctness is cultural Marxism. It is Marxism translated from economic into cultural terms.“ (17)

Was an kritischer Auseinandersetzung mit PC im Internet läuft und was die Think Tanks, von denen es so viele gibt, zu PC ausbrüten, kann ich nicht beurteilen. Aber ich möchte anführen, daß im Internet eine Organisation mit dem Namen FIRE einen beachtlichen Auftritt zustande bringt – unter der Leitung einer Juristin – Samantha Harris. (18) Sie veröffentlicht laufend Listen der Universitäten, in denen sie nach der Bewertung ihrer "speech codes" sortiert sind. Wenn man dem nachgeht, wird man sicher feststellen, daß diese Listen sehr aufschlußreich sind. Gleichzeitig veröffentlicht Samantha Harris dort jeden Monat einen "speech code of the month", in dem sie ein herausragendes negatives Beispiel anführt und kommentiert. Man kann sogar den Eindruck gewinnen, daß diese Listen auch etwas über die grundlegende politische Gliederung der USA aussagen, etwa über die puritanische Prägung der Neu-England-Staaten, die für die Political Correctness besonders empfänglich waren.

Lassen Sie mich zum Schluß zwei Beispiele von PC geben, die nur deswegen miteinander zu tun haben, weil sie zu Entwicklungen gehören, die beide unter dem Dach oder der Fahne der "political correctness" gelaufen sind. Das eine ist ein Blick in die amerikanische Schule – die ich ja ganz vernachlässigt habe.

Eine Amerikanerin, die selbst Lehrerin gewesen ist und die das Buch *The Cloning of the American Mind* geschrieben hat, B. K. Eakman (19), beobachtet einen zehnjährigen Jungen, der mißmutig und mürrisch aus der Schule nach Hause gekommen ist und nicht aufgelegt ist, überhaupt mit den Eltern zu sprechen. Er ist in der Schule einer schweren Dosis "political correctness" ausgesetzt gewesen, "another stupid school assembly", wo die Rede war von "diversity and tolerance", von "lesbians" und "homosexuals" - was ihn alles nicht so recht angesprochen hat. Dann hat ihm "a school counselor" klargemacht, daß sein Eltern möglicherweise andere Einstellungen haben, da sie zu der alten Generation gehören, daß er aber als "big boy" sich seine eigene Meinung bilden kann und daß er doch nicht bei den anderen als Dummkopf dastehen möchte. So ist er in einen unlösbaren Zwiespalt geraten.

Er erlebt das, was man nach Leon Festinger als "kognitive Dissonanz" bezeichnet, einen Zustand, der den Menschen für Einflüsterungen besonders anfällig macht.

Manch einem wird an dem Beispiel des amerikanischen Schuljungen bewußter werden, woran unser Verhältnis der Generationen krankt und worauf u. a. diese Erkrankung zurückzuführen ist.

Was Eakman von einem 10jährigen Schüler schreibt, könnte ähnlich für den Studenten gelten, der seinen ersten Tag an der Universität verbringt.

Ich zitiere aus einer Einführung in die Psychologie:

Dissonanztheorie. (Nach Leon Festinger, dem Schüler von Kurt Lewin.) "Das Menschenbild ... des konsistenzsuchenden Individuums, das motiviert ist, kognitive Harmonie herzustellen." "Kognitive Dissonanz ist ein unangenehm erlebter motivationaler Erregungszustand, der auftritt, wenn zwei Gedanken, Meinungen,

Einstellungen oder Wahrnehmungen einer Person nicht in Einklang miteinander stehen." (20)

Das zweite Beispiel ist ein Blick nach Großbritannien, nun nicht auf die Bauern, sondern auf die Polizei:

Die Polizei der Grafschaft Gloucester hatte kürzlich 192 freie Stellen zu besetzen. Es gab 301 Bewerber. Die 109 Abgelehnten waren sämtlich Weiße,

63 Weiße wurden genommen, außerdem alle anderen, d. h. 129, die entweder weiblich waren oder/und einer "ethnischen Minorität" angehörten.

Ein Verein, der sich für die Wahrung der bürgerlichen Freiheiten einsetzt,

"Liberty and Law", hat nun die Polizeiführung von Gloucestershire bei zwei Kommissionen angezeigt, bei der Commission for Racial Equality (CRE) und der Equal Opportunities Commission (EOC). -- Man darf gespannt sein, was sich daraus ergibt. (21)

Manch einem wird an dem Beispiel des amerikanischen Schuljungen bewußter werden, woran unser Verhältnis der Generationen krankt und worauf unter anderem diese Erkrankung zurückzuführen ist.

Am zweiten Beispiel sieht man die verheerenden Auswirkungen von Quotenregelungen in voller Lebensgröße: Verantwortungsvolle Aufgaben, die von der Gesellschaft zu verteilen sind, werden nicht nach Leistungsgesichtspunkten vergeben, sondern nach einer Quotenregelung, die eindeutig eine Diskriminierung der Rasse der Mehrheit darstellt – im übrigen aber auch zwischen den Minderheiten keine einsichtige Gerechtigkeit herstellen kann.

Mit der "political correctness" wollte man alte Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft heilen -- geschaffen hat man Heuchelei, schmerzliche Risse und neue Ungerechtigkeiten.

Fußnoten

(1) *The Oxford Dictionary of New Words. A popular guide to words in the news.* Compiled by Sara Tulloch, Oxford, New York 1991.

(2) <http://www.politikwissen.de/lexikon/politicalcorrectness.html>

(3) *The Hutchinson Encyclopedia*, Oxford 1994.

(4) Klaus J. Groth, *Die Diktatur der Guten. Political Correctness*, München 1996, S. 9.

(5) <http://de.org.wikipedia.org/wiki>; s. v. Marcuse

(6) Alan Charles Kors und Harvey A. Silverglate, *The Shadow University. The Betrayal of Liberty on America's Campuses.* New York etc. 1998.

(7) Claus Nordbruch, "Tugendterror in Deutschland – geistige Gleichschaltung" : <http://www.wallstreet-online.de/ws/community/board/thread.php?tid=884421>

(8) Kors/Silverglate, S. 211.

(9) Kors/Silverglate, S. 174

(10) Kors/Silverglate, S. 177.

(11) www.leo.org

(12) Kors/Silverglate, S. 221.

- (13) Leaf Van Boven, "Pluralistic Ignorance and Political Correctness: The Case of Affirmative Action", *Political Psychology*, Bd. 21, Nr. 2 (Juni 2000), 267.
- (14) Peter Freese, *Political Correctness: Zum Umgang mit der Sprache in einer globalisierten Welt*, (Paderborner Universitätsreden), Paderborn 1999, S. 17.
- (15) Kors/Silvergate, S. 117-120.
- (16) Dieter E. Zimmer, "PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf." *Die Zeit*, 22. 10. 1993, 66ff.
- (17) Bill Lind, "An Accuracy in Academia Address", www.academia.org/lectures/lind1.html
- (18) Samantha Harris: www.thefire.org/index.php/contrib/
- (19) Beverly K. Eakman, *Cloning of the American Mind: Eradicating Morality Through Education*, Lafayette, La., 1998. Über den Schuljungen: "Education: Bushwhacking Johnny": www.freerepublic.com/focus/news/754984/posts
- (20) Jürgen Straub, Wilhelm Kempf und Hans Werbik, Hgg., *Psychologie. Eine Einführung. Grundlagen, Methoden, Perspektiven*, dtv 1997, 3. Aufl. 2000, S. 583f.
- (21) Zur vergeblichen Bewerbung bei der Polizei in Gloucester: [link](#)